

## Jahresbericht 2005

Die Mitglieder der kantonalen behindertenkonferenz bern kbk hatten sich insgesamt zu 4 Versammlungen getroffen. Die entsprechenden Vor- und Nachbereitungen hatte der Vorstand in 6 und das Co-Präsidium in 2 Sitzungen getätigt. Zudem hatte sich das Co-Präsidium erneut mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion und eine kbk-Delegation zum zweiten Mal mit der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion zu einer Zusammenarbeitssitzung getroffen.

Die Mitglieder der kbk hatten an ihrer ersten Versammlung den Vorstand und das Co-Präsidium für die Jahre 2005 – 2007 zu wählen. Bei der Zusammensetzung wurde hauptsächlich darauf geachtet, dass alle Behinderungsarten vertreten sind. So wurde die Wahl von Frauen Cornelia Nater (Behindertenkonferenz Stadt und Region Bern BRB) und Christine Wahli (Insieme et cerebral juras bernois) und Herren Lukas Hohl (Verein Equilibrium, Berner Bündnis gegen Depression), Vinzenz Miescher (Interessengemeinschaft für Gehörlose und Hörbehinderte IGGH) und Fritz Pfister (SBV, Sektion Bern) bestätigt. In das Co-Präsidium wurden erneut Frau Esther Moser (Früherziehungsdienst Kt. Bern) und die Herren Dr. Hans Sieber (Insieme Kt. Bern) und Josef Stadelmann (Pro Infirmis Kanton Bern) gewählt.

Im Jahr 2005 beschäftigten uns hauptsächlich folgende Themen: das Wie weiter nach dem Ja zur NFA, unsere NEIN-Kampagne gegen die Steuersenkungsinitiative, die Sicherstellung des Behindertentransportes trotz Bundessubventionskürzungen, die 5. IVG-Revision und damit verbunden Arbeitsplätze für Menschen mit einer Behinderung und die Situation von Menschen mit psychischer Behinderung. Zudem pflegten die Behindertenkonferenzen kbk, Stadt und Region Bern BRB und Bieler Behindertenkonferenz BBK eine engagierte Zusammenarbeit und verfolgten in ihren Sitzungen hauptsächlich die Sicherung der Finanzierung für Behindertenkonferenzen im ganzen Kantonsgebiet ab 2007.

Dazu näheres wie folgt:

- 1) NFA
- 2) Steuersenkungsinitiative
- 3) Behindertentransport
- 4) Zusammenarbeit mit der Regierung
- 5) Geschäfte im Grossen Rat
- 6) Zusammenarbeit Behindertenkonferenzen
- 7) Arbeitsgruppen
- 8) Menschen mit einer psychischen Behinderung
- 9) Jahresziele
- 10) Verschiedenes

## **1) NFA : neuer Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen**

Nach dem Volksja zur NFA vom 26. November 2004 müssen die Kantone sich nun um die gesetzlichen Umsetzungsgrundlagen kümmern. Frühestens ab 2008 wird es soweit sein, bis dahin gilt der Status Quo. Die Finanzdirektion des Kantons Bern plante hierzu eine Projektgruppe einzusetzen. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion organisierte am 29.04.05 eine erste Informationsveranstaltung im Rathaus Bern. Eine kbk-Delegation war unter vielen anderen Interessierten mit dabei.

Zudem bestellte die Gesundheits- und Fürsorgedirektion neu eine Projektleiterin zur Umsetzung der NFA, Frau Annette Gfeller.

Nach dem Ja zur NFA waren sich die Mitglieder der kantonalen behindertenkonferenz schnell einig, dass unsere behindertenpolitischen Anliegen Teil dieses Umsetzungsprozesses sein sollen. Hierzu engagierten sich vereinzelt Mitgliedorganisationen, um in einer Fachgruppe zur Umsetzung der NFA entsprechende Vorschläge zu erarbeiten. Die Fachgruppe wurde von Herrn Dr. Hans Sieber geleitet. Herr Dr. Sieber informierte laufend über Aktualitäten. Die Fachgruppe traf sich als Ganzes zweimal und zudem in speziellen Fachkleingruppen zu folgenden Schwerpunkten: Sonderschulung/Sonderschule, Arbeiten und Wohnen, Fragen der Finanzierung namentlich von stationären Einrichtungen für erwachsene Menschen mit einer Behinderung, Soziale Gerechtigkeit.

Die kbk informierte sich laufend über den Stand der Dinge in anderen Kantonen.

Auch die kommenden Jahre wird sich die kbk mit der Umsetzung der NFA intensiv beschäftigen müssen und wollen.

## **2) Steuersenkungsinitiative**

Die kbk engagierte sich in Zusammenarbeit mit Mitgliedorganisationen und politischen Vertretern verschiedenster Couleur gegen die Steuersenkungsinitiative. Die Annahme jener hätte für Menschen mit einer Behinderung erneut bedeutende Sparmassnahmen ausgelöst. An der kbk-Medienkonferenz vom 2. Februar, die in den Behindertenwerken Oberemmental BWO stattfand, wurde die Öffentlichkeit informiert und versuchte die kbk, diese für ein klares NEIN zu sensibilisieren. Zudem engagierte sie sich an der SVP-Delegiertenversammlung vom 11. Januar und in enger Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer der SVP mit fundierten Argumenten gegen die Steuerinitiative. Ebenfalls beteiligte sie sich an der Medienkonferenz des Grünen Bündnisses und der Grünen Freien Liste.

Mit 60 % - NEIN – Stimmen entschieden die Bernerinnen und Berner am 27. Februar klar etwelche zusätzlichen Sparmassnahmen zu verhindern. Unser Engagement hatte sich gelohnt, dank vielen aktiven Menschen. Die Finanzierung dieses Auftritts hatte die kbk den Mitglied-Organisationen Insieme Kanton Bern und Pro Infirmis Kanton Bern sowie der Gastfreundschaft von Herrn Kurt W. Meier (Leiter der BWO) zu verdanken.

### **3) Behindertentransport**

Herr Dr. Ronald Liechti, Geschäftsführer der Stiftung Behindertentransport BTB, informierte die Mitglieder fortlaufend über Aktualitäten. Ausgangslage war die 4. IVG-Revision (Verdoppelung der Hilfflosenentschädigung zugunsten der Subjektfinanzierung, resp. zulasten der Objektfinanzierung), was für die Angebote der Stiftung BTB das Budget per 1.1.05 um mehr als die Hälfte kürzte. Massnahmen zulasten von Menschen mit Behinderung mussten ergriffen werden (Fahrtenkontingentierung, Erhöhung der Fahrpreise). Sowohl Herr Dr. Liechti als auch die Grossräte Ryser, Häsler, Löffel und Herr Peter Walder, Leiter der Arbeitsgruppe Mobilität, engagierten sich in Zusammenarbeit mit der kbk enorm für die Sicherstellung des Behindertentransportes im Kanton Bern. Gespräche mit Vertretern der Gesundheits- und Fürsorgedirektion und der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion fanden deshalb statt. Die Motion Ryser, Löffel, Häsler „Behindertentransport sicherstellen“ wurde in der Frühlingssession des Grossen Rates einstimmig angenommen. Die Folge war, dass die Regierung bereits für 2005 zusätzliche Finanzen zur Verfügung stellte und in Zusammenarbeit mit der Stiftung BTB nach gangbaren Lösungen suchte. Die Problematik war trotz den zusätzlichen Finanzen noch nicht gelöst, weshalb die kbk in enger Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Liechti, Herrn Peter Walder und den Grossräten Häsler und Ryser die Motion Ryser Behindertentransport als Teil des öffentlichen Verkehrs im kommenden Jahr weiter verfolgen möchte.

### **4) Zusammenarbeit mit der Regierung**

Eine Delegation aus Vertretern von Fachorganisationen wie behindertengerechter öffentlicher Verkehr BÖV, hindernisfreies Bauen VHBB und Behindertentransport sowie delegierte Fachvertreter der kbk trafen sich zu einem Gespräch mit Frau Regierungsrätin Egger (Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE) und ihren für unsere Anliegen zuständigen Kadermitarbeitern, um über behindertenpolitische Anliegen zu informieren. Hauptsächlich stellten wir unsere Anliegen betreff behindertengerechter öffentlicher Verkehr, hindernisfreies Bauen und Behindertentransport als Teil des öffentlichen Verkehrs dar. Die BVE war uns kooperativ gesinnt und diverse Vereinbarungen konnten getroffen werden.

Erneut traf sich das Co-Präsidium mit Herrn Regierungsrat Bhend und seinen für uns relevanten Kadermitarbeitern. Themenschwerpunkte waren die Umsetzung der NFA, die erneute Diskussion über einen möglichen Wechsel der Direktionszuständigkeit für die Sonderschulen und die Arbeiten der von der GEF neu eingesetzten Platzierungskommission.

Die Regierungsräte der Finanz- und Gesundheitsdirektion verdankten unsere Arbeiten zugunsten tragbarer Steuern. Eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Regierungsvertretern bleibt eine Zielsetzung der kbk, insbesondere da sich Behindertenpolitik als Querschnittaufgabe erweist.

## 5) Geschäfte im Grossen Rat

Verschiedene Grossräte und Grossrätinnen engagierten sich auch dieses Jahr für die Anliegen von Menschen mit Behinderung. Die kantonale behindertenkonferenz schätzte diese Kontakte sehr, weil sie uns einerseits direkte Informationen über behindertenpolitisch relevante Geschäfte im Grossen Rat ermöglichten und andererseits halfen, Anliegen von Menschen mit Behinderung mit demokratischen Mitteln voranzutreiben.

Insbesondere wurde die Motion „Behindertentransport sicherstellen“ der Grossräte Ryser, Häsler, Löffel einstimmig angenommen, was der Stiftung BTB eine dringend notwendige zusätzliche finanzielle Unterstützung ermöglichte (siehe auch 3) Behindertentransport). Die Motion von Allmen, welche einen Direktionswechsel für die Sonderschulen von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion in die Erziehungsdirektion empfahl, wurde vom Motionär zurückgezogen infolge allzu geringer Chancen für diese Vorlage. In Zusammenarbeit mit Egalité Handicap liess die kbk einen möglichen Bezug zum Behindertengleichstellungsgesetz prüfen (Stellungnahme von Egalité-Handicap vom 7. November 2005 zur Motion von Allmen SP, Gimmelwald, Sonderschulen wohin?).

Auch wurde die kbk auf zwei parlamentarische Initiativen aufmerksam gemacht, die bei Annahme erneute Sparmassnahmen zur Folge hätten. Der Behindertenbereich hätte in diesem Fall kaum davon verschont werden können.

## 6) Zusammenarbeit Behindertenkonferenzen

Die Zusammenarbeit der Behindertenkonferenzen BRB, BBK und kbk fokussierte sich nebst Informationen über reguläre und aktuelle behindertenpolitische Geschäfte auf die Sicherstellung der Finanzen für alle Behindertenkonferenzen und mögliche neue Zusammenarbeits-Strukturen. Für die Jahre 2004 – 2006 gelang es der BRB mit der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft zur Eingliederung Behinderter SAEB einen Unterleistungsvertrag zu vereinbaren. Da diese Leistungsperiode für die BRB mit der SAEB Ende 2006 auslaufen wird, machten sich die Behindertenkonferenzen BRB, BBK und kbk bereits Gedanken, wie die Finanzierung für diese ab 2007 gesichert werden könnte. Hiezu gründete die kbk eine Arbeitsgruppe, welche sich dieser Thematik speziell angenommen hat .

Gemeinsame Gespräche mit der SAEB fanden in Folge statt. Diese erklärte, dass sie künftig die kbk, da kantonal zuständig, als Vertragspartnerin sehe. So standen wir vor einer neuen Situation und versuchten gemeinsam, die Sicherstellung von finanziellen Mitteln für Behindertenkonferenzen im Kanton anzustreben. Ein Prozess der Neuorganisation und Umstrukturierung wurde somit eingeleitet, der auch 2006 noch andauern wird. Die kbk musste beginnen, Strukturpapiere zu erarbeiten, die für eine Eingabe beim Bundesamt für Sozialversicherungen BSV von Bedeutung sind. Dabei wurde sie durch all die geleisteten Vorarbeiten der BRB gut unterstützt. Diese Aufgaben waren und sind für alle Beteiligten eine grosse Herausforderung.

Zum zweiten Mal wurde ein gesamtschweizerisches Treffen der kantonalen Behindertenkonferenzen in Basel durchgeführt. Der Kanton Bern war mit der kantonalen, der regionalen und städtischen sowie der Bieler Behindertenkonferenz gut vertreten. Herr Martin Haug, erster kantonaler Gleichstellungsbeauftragter für den Kanton Basel-Stadt, bot ein äusserst interessantes Referat zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes auf kantonaler Ebene. Als Grundlage diente ihm das Leitbild für „Erwachsene Menschen mit einer Behinderung“, welches vom Gesamtregierungsrat Basel-Stadt getragen wird und als Folge diese gesamtschweizerisch erste kantonale Gleichstellungsstelle schuf.

Unsere Mitglieder waren sich schnell einig, dass ein solches Modell im Kanton Bern durchaus Vorbildcharakter hat und ein erstrebenswertes Ziel darstellt.

## **7) Arbeitsgruppen**

### **öffentlicher Verkehr und Raum öVÖR**

Herr Fritz Pfister, Leiter der Arbeitsgruppe öffentlicher Verkehr und Raum, engagierte sich in enger Zusammenarbeit mit der selben Arbeitsgruppe der Behindertenkonferenz Stadt und Region Bern BRB. Es fanden 2 Sitzungen statt, die Zusammenarbeit erwies sich als fruchtbar und soll weitergeführt werden. An weiteren Sitzungen und in Zusammenarbeit mit dem Verein hindernisfreies Bauen Kanton Bern VHBB, der Beratungsstelle behindertengerechter öffentlicher Verkehr BöV, der Stiftung Behindertentransport Kanton Bern BTB und der AG Mobilität, hatte sich die Arbeitsgruppe öVÖR der KBK mit aktuell brisanten Themenkreisen befasst, um entsprechende Fakten und Forderungen an der geplanten Aussprache mit Frau Regierungsrätin Egger (Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE) und ihren für uns zuständigen Kaderleuten einzubringen: Finanzierung des Behindertentransportes und dessen künftige Einbindung in den öffentlichen Verkehr, hindernisfreies Bauen im ganzen Kantonsgebiet und in diesem Zusammenhang BehiGe spezifische Nachführungen der offiziellen Praxishilfen, behindertengerechter öffentlicher Verkehr (der Kanton als Adresse in der Ämterkonsultation und wichtiger Vermittler des behindertenspezifischen Inputs an das Bundesamt für Verkehr BAV), Koexistenzzone Köniz (Bekämpfung der für blinde und sehbehinderte Menschen unsinnigen Aufhebung von Fussgängerstreifen und Vortrittsrechten und Einhaltung von Bauvorschriften SN f21 500), Behindertenparkplätze (Rechtslage, Benutzung durch Unbefugte, Kontrolle).

Die AG öVÖR will auch künftig die Weiterentwicklung dieser Themenkreise begleiten. Sie wird die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes an konkreten Projekten beobachten und fördern (z.B. Bahnhofplatz Bern, Angebotsbeschluss öffentlicher Verkehr, Bauauflagen). Sie ist hiezu auf die Mitarbeit und Informationen der KBK-Vereinsmitglieder angewiesen und wünscht einen intensiven Austausch.

## **Platzierungsnotstand für Menschen mit multiplen Behinderungen**

Die Arbeitsgruppe wurde aufgelöst und unter dem Vorsitz des Heimverbandes abgelöst mit dem Beginn der Arbeiten, der von der GEF neu eingesetzten Platzierungskommission.

### **AG NFA**

siehe Ausführungen 1) NFA

### **AG ULV**

siehe Ausführungen 6) Zusammenarbeit Behindertenkonferenzen

## **8) Menschen mit einer psychischen Behinderung**

Unser engagiertes Vorstandsmitglied, Herr Lukas Hohl, informierte uns laufend über die Arbeiten des Berner Bündnisses gegen Depression, dessen Vereinsgründung für den Kanton Bern im März stattfand. Zudem informierte er über jeweils aktuelle Anlässe von und für Menschen mit einer psychischen Behinderung, z.B. über den Kirchensonntag anfangs Februar der Evangelisch-Reformierten Kirche des Kantons Bern mit dem Thema „Psychisch krank? Und jetzt...“ (unter dem schweizerdeutschen Titel „es geit und geit bis s'nümme geit“). In Zeiten von zunehmender Arbeitslosigkeit und Sparmassnahmen waren und sind diese Menschen besonders stark betroffen von der Problematik der Arbeitssuche, zu wenig Arbeitsplätzen und härtere Gangarten der Invalidenversicherung, resp. von Sparmassnahmen.

## **9) Jahresziele**

Die Jahresziele 2005 konnten erreicht werden. Auf die Durchführung eines Grossratsmeetings wurde bewusst verzichtet, weil wir am Anfang des Umsetzungsprozesses der NFA standen, die Grossratswahlen auf 2006 geplant sind (Erneuerung der Zusammensetzung und Reduzierung Gesamtgrosstrat von bisher 200 auf 160 Mitglieder) und kein aktueller sozialpolitischer Handlungsbedarf für andere Themen bestand.

Die Jahresziele 2006 wurden an der Mitgliederversammlung vom 8. November einstimmig verabschiedet: Weiterhin sollen 4 Mitgliederversammlungen stattfinden, zudem eine aussordentliche, um die Finanzierung der Behindertenkonferenzen möglichst sicherzustellen (Unterleistungsvertrag mit SAEB), die politischen Partnerschaften und Vernetzungen gepflegt und gestärkt, die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert, die Entwicklung der IV weiterverfolgt und unsere behindertenpolitische aktive Einmischung bei der Umsetzung der NFA garantiert werden. Als Grundlage für all unsere Arbeiten soll die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes auf kantonaler Ebene weiter verfolgt werden.

## 10) Verschiedenes

Die Mitgliederversammlungen waren nebst den regulären und vielen sozialpolitischen Geschäften geprägt von themenspezifischen Kurzreferaten. Es besuchte uns Frau Charlotte Eyer, Projektleiterin Profil, zum Thema Arbeit und Hancicap. Sie informierte über Arbeitsschwerpunkte, Massnahmen in der Invalidenversicherung und Erfolge von Profil im Bereich der Arbeitsplatzhaltung ([www.profil.proinfirmis.ch](http://www.profil.proinfirmis.ch)). Zudem informierte Herr Hans Neuenschwander von PluSport Kanton Bern über ihre Arbeiten und Finanzierungsgrundlagen, die zu garantieren immer schwieriger werde ([www.pluSport.ch](http://www.pluSport.ch)).

Der geplante Besuch von Herrn Regierungsrat Samuel Bhend, Gesundheits- und Fürsorgerdirektor, war aus aktuell politischen Gründen bedauerlicherweise ins Wasser gefallen.

Unsere Mitglied-Organisationen befürworteten die Erarbeitung eines Flyer's, weil dies für unsere Öffentlichkeitsarbeit und für die Sicherung unserer finanziellen Mittel von grosser Bedeutung sei. Die Finanzierung hatten wir folgenden Sponsoren zu verdanken: Gesellschaft zu Ober-Gerwern Bern, Zunft zu Mittellöwen Bern und Genossenschaft Migros Aare!

Der Gesamtvorstand, das Co-Präsidium und die Geschäftsleitung möchte Ihnen, liebe Mitglieder und Interessierte, Politikerinnen und Politiker, liebe Sponsoren und Spenderinnen und Spender ganz herzlich danken! Für Ihre wertvolle finanzielle und ideelle Unterstützung, für Ihr tatkräftiges Mitdenken, Mitmachen und Miteinander!

Viele wertvolle Kontakte konnten gepflegt und geknüpft werden. Dazu haben auch Sie beigetragen!

Und doch: Es gibt noch viel zu tun! Packen wir's gemeinsam an für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung!

Für den Bericht in Zusammenarbeit mit Vorstandsvertretern  
**kantonale behindertenkonferenz bern kbk**  
Christine Morger, Geschäftsleiterin

Thierachern, 26. Januar 2006